

Frage des Tages

Sollen Alternativen zur geplanten Spital-Fusion geprüft werden?

Die Spitalplanung sei zu wichtig, um einen Schnellschuss zu provozieren, sagt die Baselbieter FDP. Korrekt? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Soll der Margarethenstich von Basel alleine gebaut werden?



Bund würde 20 Millionen bezahlen

Beim Margarethenstich lässt die BLT das Baugesuch stehen – und sorgt für Spekulationen

Von M. Regenass und M. Hauswirth

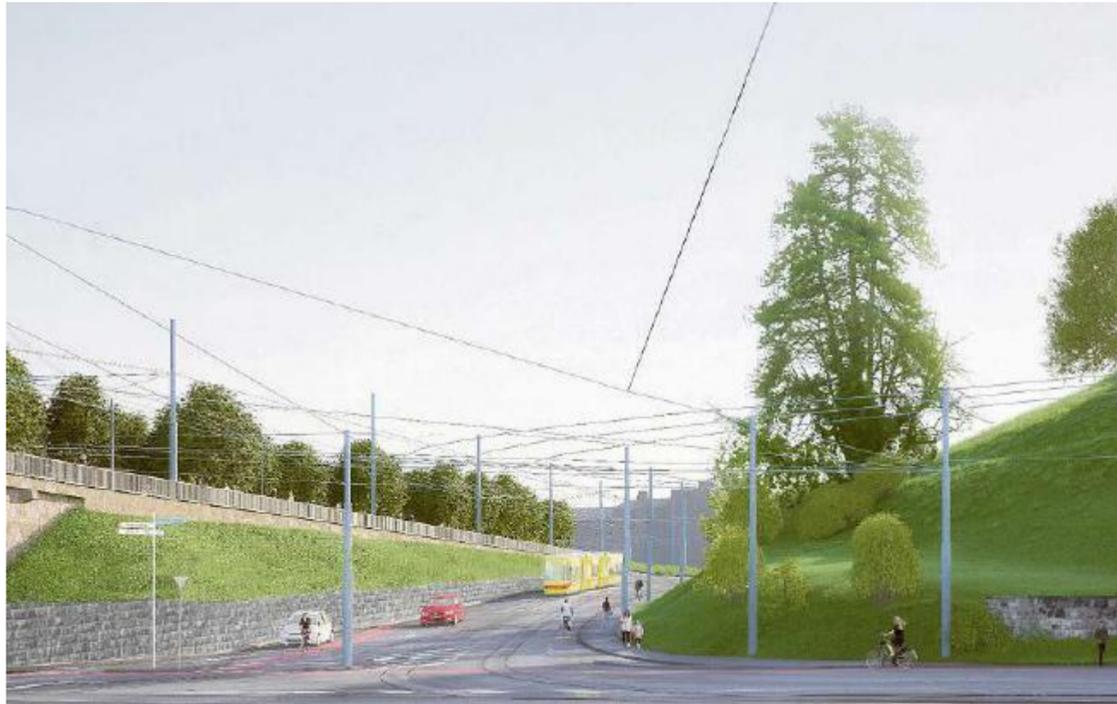
Basel. Zwar haben die Baselbieter den Margarethenstich verworfen, so wie sämtliche Leimentaler Gemeinden gegen eine direkte Anbindung des BLT-Trams an den Bahnhof gestimmt haben. Im gestrigen Gastbeitrag in der BaZ fordert Ja-Komitee-Mitglied Manfred Messmer jedoch, dass das basel-städtische Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) mit Unterstützung der bereits gesprochenen Bundesgelder und der BLT die Schienen trotzdem über den Margarethenstich ziehen solle. Das sei für die städtebauliche Entwicklung von Basel essenziell. Zumal habe es sich bei den Baselbietern um eine reine Finanzvorlage gehandelt. Messmer vertritt die Ansicht, bei der Ablehnung sei es weniger um das Projekt an sich gegangen als darum, zu zeigen, dass 7,3 Millionen Franken eingespart werden könnten.

Bei der zuständigen Baselbieter Baudirektion äussert sich Dominic Wyler, Verkehrsplaner öffentlicher Verkehr, zurückhaltend zu Messmers Versuch, das Margarethenstich-Projekt neu zu lancieren. «Das Ergebnis der Volksabstimmung zum Margarethenstich gilt es zu respektieren», sagt Wyler.

Auch mehrere Politiker in Basel-Stadt sehen ein einseitiges Vorgehen seitens der Städter in einem kritischen Licht. SP-Grossrat Jörg Vitelli sagt beispielsweise: «Psychologisch gesehen wäre es schlecht, wenn die Basler den Margarethenstich jetzt im Alleingang realisieren würden.» Die Baselbieter könnten dann von den Baslern auch die volle Finanzierung der Universität oder des Theaters verlangen, schliesslich würden die Städter beim Margarethenstich so zeigen, dass es auch ohne die Baselbieter gehe. Vitelli: «Es geht hier nicht nur um die Finanzierung von 7,3 Millionen Franken. Es geht um ein partnerschaftliches Geschäft. Ein Alleingang könnte Rückwirkungen in anderen politischen Bereichen haben.»

Respekt vor Abstimmung

Lorenz Nägeli, Präsident der SVP Basel-Stadt, versteht nicht, dass man so arrogant gegenüber den Baselbietern und Leimentalern auftreten kann. «Die basel-städtischen Behörden wollen hier die Baselbieter bevormunden», sagt er. «Ich verstehe die Baselbieter und ihr Nein zum Margarethenstich. Nicht alle



Auf Basler Territorium. Der Margarethenstich liegt auf städtischem Gebiet und ist somit Basler Hoheit.

wollen zum Bahnhof, sondern direkt in die Stadt fahren, um einzukaufen.»

LDP-Grossrat Heiner Vischer spricht von einem falschen Weg, falls die Basler einen Alleingang planten. «Ich denke, dass dieses Ansinnen politisch chancenlos wäre. Der Margarethenstich ist ein Paradebeispiel für eine überkantonale Planung.» Zudem würde die BLT aus dem Baselbiet den neuen Netzabschnitt nutzen und nicht die BVB aus dem Kanton Basel-Stadt.

Ebenso sein Veto legt der Basler FDP-Präsident Luca Urgese ein. «In einer Partnerschaft ist es nicht angezeigt, dass man dem anderen Partner ein Projekt vor die Nase setzt, das dieser abgelehnt hat», so Urgese. «Es braucht seitens der Städter Respekt vor dem Entscheid aus dem Baselbiet. Der Margarethenstich ist vom Tisch.»

Bezüglich eines Ersatzes – zum Beispiel einen Bogen an der Heuwaage in Richtung Bahnhof – sagt Urgese: «Der Ball liegt nun bei der Verwaltung. Sie soll aufzeigen, wo die Tramschlaufe an der Heuwaage alternativ durchgeführt werden kann.»

Die BastA! sieht einen Alleingang der Städter beim Margarethenstich als Möglichkeit. BastA!-Grossrat Beat Leuthard hat gestern einen Vorstoss für eine Gesetzesänderung an die Regierung eingereicht.

Leuthard: «Bau wäre vernünftig»

In der Motion fordert er, dass in erster Linie ein Trambogen von der Heuwaage die Innere Margarethenstrasse hinauf in Richtung Bahnhof realisiert werden solle. Falls dies nicht möglich sei, solle der Margarethenstich weiterverfolgt werden. Leuthard: «Ich verstehe die Baselbieter so, dass sie sich an den Kosten nicht beteiligen wollen. Da damit das partnerschaftliche Projekt nicht weiter aktuell ist, könnte Basel den Margarethenstich alleine realisieren. Der Bau wäre vernünftig.»

Die BLT verfolgt die politische Diskussion, wie BLT-Direktor Andreas Bütiker sagt. Äussern will er sich nicht, er respektiere, wie das Baselbieter Volk abgestimmt hat. Die BLT hat aber ihr Baubewilligungsverfahren für den Margarethenstich nicht zurückgezogen.

Das Verfahren ist am Laufen, auch wenn noch kein rechtsgültiger Entscheid vorliegt, sagt er.

Da das Tramverbindungsstück «Margarethenstich» unter das schweizerische Eisenbahnrecht fällt, ist der Bund für die Baubewilligung zuständig. Wer immer eine neue Tramlinie bauen will, braucht die Bewilligung vom Bundesamt für Verkehr. «Nach der Ablehnung der Finanzierungsvorlage durch die Stimmbewölkerung im Kanton Baselland müsste jemand dessen hälftigen Anteil an den 65 Prozent der Kosten bezahlen, die der Bund nicht übernimmt, sollte das Projekt realisiert werden», sagt Gregor Saladin, Mediensprecher beim Bundesamt für Verkehr. Der Bund würde sich über den Infrastrukturfonds mit 35 Prozent der Kosten beteiligen, das wären 20 Millionen Franken.

Ob das BVD das Projekt im Alleingang forcieren wird, bleibt offen. «Die Idee von Manfred Messmer nehmen wir zur Kenntnis», sagt BVD-Sprecherin Nicole Stocker. Derzeit sei das jedoch kein Thema.

FDP-Replik zum Unirat Respektlose Angriffe

Von Paul Hofer

Die Baselbieter Regierungsrätin Monica Gschwind ist in den vergangenen Wochen verschiedentlich inhaltlich und persönlich angegriffen worden, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorstellung der neuen Mitglieder des Universitätsrats.

Im demokratischen Disput übernehmen Qualitätsmedien die wichtige Aufgabe, den Politikerinnen und Politikern auf die Finger zu schauen, ihr Handeln einzuordnen und Hintergründe aufzuzeigen. Es darf erwartet werden, dass sie diese Aufgabe mit Sorgfalt, Sachverstand und Respekt machen. In ihrer Berichterstattung über die Wahl der Mitglieder des Universitätsrates hat die *Basler Zeitung* diesen Pfad verlassen. Die publizierten Berichte enthalten Fehler, Spekulationen werden als Tatsachen dargestellt und verschiedene Personen werden respektlos angegriffen.

Es gilt zuerst einmal festzustellen, dass der Gesamtregierungsrat die Mitglieder des Universitätsrats wählt. Als Bildungsdirektorin übernimmt

Sie werden mit ihrer Erfahrung helfen, die Exzellenz der Universität voranzutreiben.

Regierungsrätin Monica Gschwind die Federführung. Die Wahl des Präsidiums des Universitätsrates erfolgt erst im Spätherbst durch die beiden Regierungen von Baselland und Basel-Stadt. Wenn bereits jetzt über Namen spekuliert wird, dann sollte dies auch als Spekulation dargestellt werden.

Der Regierungsrat des Kantons Baselland hat ausgewiesene, kompetente und bestens vernetzte Persönlichkeiten in den Universitätsrat gewählt. Sie werden frischen Wind in den Universitätsrat bringen und werden mit ihrer Erfahrung helfen, die Exzellenz der Universität Basel mit den vorhandenen Mitteln voranzutreiben.

Regierungsrätin Monica Gschwind mag in diesem Punkt unbequem sein. Es ist aber richtig und im Sinne der FDP Baselland, wenn sie immer wieder darauf hinweist und beharrlich fordert, dass auch Universitäten lernen müssen, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen.

Der neu zusammengesetzte Universitätsrat wird nun die von beiden Regierungen beschlossene Konsolidierungsstrategie umsetzen. Der neue Leistungsauftrag, den Regierungsrätin Monica Gschwind und Regierungsrat Conradin Cramer partnerschaftlich ausgehandelt haben, zeigt, dass dies möglich ist. Paul Hofer, Landrat und Präsident der FDP Baselland

Baselbieter FDP stellt sich gegen Spitalfusion

Die Freisinnigen ändern erneut ihre Haltung zur Spitalplanung – Regierungen sollen Privatisierung prüfen

Von Joël Hoffmann

Liestal. Sowohl die Basler als auch die Baselbieter FDP haben gestern ihre Stellungnahmen zur Spitalfusion und der gemeinsamen Gesundheitsplanung präsentiert. Die Basler Freisinnigen warten mit einer für eine Basler Partei fast schon überraschend zahmen antibaselbieterischen Stellungnahme auf, die sie anreichern mit Lobbying für die Privatspitäler. Die Baselbieter Liberalen machten jedoch erneut eine 180-Grad-Wendung und stehen nun doch nicht hinter der Spitalfusion.

In der Vernehmlassung, die heute endet, sind zwei Staatsverträge, die miteinander verknüpft sind: die gemeinsame Gesundheitsplanung und die Spitalfusion. Die Basler FDP verspricht sich von der gemeinsamen Politik, dass kostentreibende Überkapazitäten abgebaut werden. Um weiter die Kosten zu dämpfen, müssten die Regierungen auch bereit sein, «unpopuläre Entscheide zu treffen». Die Baselbieter FDP geht noch etwas weiter und möchte eine Ausdehnung der Gesundheitsregion auf die Nachbarkantone Aargau und Solothurn.

Auf der Hand liegt auch, dass die Freisinnigen gleich lange Spiesse für die Privatspitäler fordern. Das bedeutet, dass mehrere Leistungsaufträge wie etwa gemeinwirtschaftliche Leistungen

(Notfallstation, Seelsorge) ausgeschrieben werden.

Ebenfalls grundsätzlich problematisch sind für die Freisinnigen aus Stadt und Land die vielen Rollen der Regierung und damit deren Interessenkonflikte: «Auch bei Bildung der Spitalgruppe werden die Kantone die Rollen als Regulator, Eigner, Besteller und Aufsicht gegenüber den Spitalern in sich vereinen», heisst es in der Vernehmlassungsantwort der FDP Baselland. Dies berge bei der Vergabe der Leistungsaufträge «unweigerlich» die Gefahr möglicher Interessenkonflikte zulasten der Privatspitäler durch Bevorzugung der öffentlichen Leistungserbringer. Zwar besteht in der Tat dieser Interessenkonflikt, nur hat dieser nichts mit der Fusion zu tun.

Dennoch fordern die Freisinnigen aus Stadt und Land eine weitere Entflechtung der Rollen des Regierungsrates im Zuge der Spitalfusion.

Die Rolle der Wirtschaftskammer

Überraschend ist jedoch, dass die FDP Baselland nun der Spitalfusion «sehr kritisch» gegenübersteht, waren die Signale aus der FDP in den letzten Monaten doch grundsätzlich positiv und lediglich die weitere Entflechtung der diversen Rollen der Regierungen waren Gegenstand von Kritik und internen Diskussionen.

Die FDP schwankt seit zwei Jahren hin und her. Noch im Herbst des letzten Jahres, nachdem die Regierungen erstmals die Spitalfusion präsentierten und ankündigten, bis im vergangenen Sommer die Details zu erarbeiten, stiessen die Spitalpläne in beiden Basel bei den Parteien auf Zustimmung. Einzig die Baselbieter FDP äusserte sich damals grundsätzlich gegen die Fusion. Die Partei vermisste damals eine Grundsatzdiskussion über den kostendämpfenden Nutzen einer Fusion.

Damals waren einige freisinnige Landräte ob der raschen Stellungnahme der damaligen Präsidentin Christine Frey und des Wirtschaftskammerdirektors und FDP-Landrats Christoph Buser irritiert. Wie die *BaZ* aus sicheren Quellen weiss, spielte die Mitgliedschaft des Kantonsspitals Baselland bei der Wirtschaftskammer eine Rolle bei der Stellungnahme der FDP. So sei Christoph Buser gegen die Fusion gewesen, weil er dadurch das gut zahlende Kantonsspital als Wirtschaftskammermitglied verloren hätte.

Seither ist viel passiert und die Protagonisten haben gewechselt. Paul Hofer ist nun Parteipräsident und Sven Inäbnit ist der führende Gesundheitspolitiker der Baselbieter Freisinnigen. Mit ihnen war bisher klar: Die FDP ist grundsätzlich für die Fusion. Hofer hat diese Haltung auch öffentlich vertreten.

Dass nun die FDP wiederum umschwenkt, überrascht. Hofer und Inäbnit bestreiten jedoch auf Anfrage, dass die Wirtschaftskammer diesmal eine Rolle spielte und sie bestreiten ebenfalls, von Parteikollegen überstimmt worden zu sein.

Postulat ignoriert

Der Baselbieter Freisinn fordert vom Regierungsrat, dass er Alternativen zur Spitalfusion aufzeigt. Nur mit einem Variantenfächer könne man Vergleiche anstellen. Die Spitalplanung sei zu wichtig, weshalb man lieber Verzögerungen in Kauf nehmen sollte, um weitere Varianten prüfen zu können. Insbesondere stösst den Freisinnigen sauer auf, dass der Landrat ein Postulat der CVP an die Regierung überwiesen hat, die verlangt, dass der Regierungsrat eine Privatisierung prüfen solle. Dies habe die Exekutive aus Sicht der FDP schlicht ignoriert. Das aktuelle Nein zur Fusion ist jedoch nicht definitiv. Wie alle Parteien betreibt auch die FDP bei der Vernehmlassung Säbelrasseln und kommt mit Maximalforderungen.

Die Basler Freisinnigen kritisieren unter anderem auch die ungleiche Kapitalaufteilung bei paritätischer Stimmbeteiligung. Sie würden jedoch Hand für diese Lösung bieten, wenn Baselland innerhalb einer Frist für eine paritätische Beteiligung sorgte.

ANZEIGE

academia
language school

Sprache bringt Sie weiter.

Gruppen- /Privatunterricht
Prüfungszentrum D/E/F/I/SP
Firmenprogramme

Tel. 058 440 90 90
www.academia-language.ch